

Antrag

der Abg. Dr. Christina Baum u. a. AfD

Übergriffe auf Ärzte in Baden-Württemberg

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen

zu berichten,

1. wie oft und an welchen Standorten es in den Jahren 2014, 2015, 2016, 2017 zu Übergriffen, Angriffen, Beleidigungen, Bedrohungen oder Ähnlichem auf Ärztinnen im Bereitschafts- oder Notfalldienst, in den Notfallaufnahmen der Krankenhäuser und auf den Stationen von Krankenhäusern kam;
2. wie oft und an welchen Standorten es in den Jahren 2014, 2015, 2016, 2017 zu Übergriffen, Angriffen, Beleidigungen, Bedrohungen oder Ähnlichem auf Ärzte im Bereitschafts- oder Notfalldienst, in den Notfallaufnahmen der Krankenhäuser und auf den Stationen von Krankenhäusern kam;
3. wie sich die Täterstruktur auf Drogenabhängige, Betrunkene, anderweitig psychisch auffällige Personen und auf Personen mit deutscher und mit ausländischer Staatsangehörigkeit verteilt;
4. ob ihr Kreise, Notfallzentren, Rettungsleitstellen oder ähnliche Einrichtungen bekannt sind, welche die Landesregierung oder die Kostenträger um männliche Begleitung für weibliche Notärzte nachgesucht haben;
5. ob sich nach ihrer Auffassung die Sicherheitslage für nächtliche Noteinsätze und für die Notfallambulanzen seit 2014 verschlechtert haben, wenn ja, aus welchen Gründen;
6. ob ihr in Baden-Württemberg Regionen oder Städte bekannt sind, in denen Problemsituationen ähnlich wie in Germersheim auftreten oder aufgetreten sind oder ob kassenärztliche Vereinigungen mit vergleichbaren Problemschilderungen an sie herangetreten sind;
7. ob in Baden-Württemberg nach wie vor überall Notärztinnen im Außen-Notfalleinsatz ohne Gefährdungen für Leib und Leben nachts Dienst tun können;
8. ob ihr bekannt ist, aus welchem konkreten Anlass die Germersheimer Notärztinnen ihren „Brandbrief“ geschrieben haben und welche Bezirke mit welcher soziokulturellen Wohnbevölkerung diese als Gefahrenzonen gemeint haben.

04.06.2018

Dr. Baum, Dr. Merz, Stauch, Wollé, Palka AfD

Begründung

Aus anderen Bundesländern liegen den Antragstellern Berichte über erhebliche Bedrohungslagen gegen Ärzte, sowohl in den Notaufnahmen der Krankenhäuser als auch im Bereitschafts- und mobilen Notfalldienst, vor. So berichtete die „Neue Westfälische“ vom 23. März 2018 für NRW unter der Überschrift „Gewaltbereite Patienten verbreiten Angst und Schrecken in Bielefelder Kliniken“ von durch Patienten schwerverletzten Ärzten und Pflegern in Bielefeld und Herford. Verursacher seien Alkoholiker, Junkies, aber häufig auch Angehörige ausländischer Großfamilien. Diese Vorfälle nehmen in den vergangenen Jahren ständig zu, sodass Krankenhäuser schon Security-Mitarbeiter einstellen müssen, was früher undenkbar war.

Im Landkreis Germersheim (Pfalz-Express, 17. Mai 2018) wollen Ärztinnen nachts nicht länger ohne Begleitung fremde Wohnungen betreten. Alle 45 im Landkreis Germersheim niedergelassenen Fach- und Hausärztinnen haben in einem Brandbrief an die Öffentlichkeit, die Kassenärztliche Vereinigung sowie an das Bundesgesundheitsministerium heftigen Protest gegen ihre Lage im Bereitschaftsdienst formuliert. Im Einzelnen wird beklagt, dass die Medizinerinnen alleine fremde Wohnungen betreten müssen, da nach 19 Uhr kein Fahrer mehr zur Verfügung stehe. Es gebe daher auch keine Zeugen. „Wie hinlänglich bekannt ist, gilt Germersheim als Brennpunkt, da es in der Stadt Bezirke gibt, wo selbst andere Helfer nur mit zusätzlichem Schutz hingehen“, heißt es in dem Schreiben weiter.

Bei Fake-Anrufen, die sie in eine Falle locken, seien sie völlig schutzlos. Die Angst gehe soweit, dass sie männlichen Kollegen bis zu 1 000 Euro anbieten, damit diese ihre Schicht übernehmen. Die Ärztinnen forderten Begleitung durch männliche Sanitäter, die als Schutz, aber auch als medizinische Assistenten fungieren können. Vor wem die Ärztinnen plötzlich solche Angst haben, wird mit keinem Wort erwähnt, was verwundert. Mit dem Antrag sollen die Verhältnisse in Baden-Württemberg erfragt werden.